



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

20. Sitzung (öffentlich)

2. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:15 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlage 14/621 (Erläuterungsband EP 15)

Sowie:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2303

Der Ausschuss diskutiert über verschiedene Fragestellungen, die im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses liegen. Beschlüsse werden noch nicht gefasst.

2 Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (Flü-AG) und Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufG) 12

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2241

Vorlage 14/536

Stellungnahme 14/582

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2241 mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

3 Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) 13

Vorlage 14/634

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4 Zweiter Probelauf des Subsidiaritätsnetzwerks des Ausschusses der Regionen (AdR) 13

Vorlagen 14/680 und 14/721

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen 14/680 und 14/721 zur Kenntnis.

5 Interkulturelle Öffnung der Schule voranbringen - Mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in die Schulen 14

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2408

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration gibt zu dem Antrag Drucksache 14/2408 kein Votum ab.

6 Bleiberechtsregelung darf keine Alibilösung werden 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2407

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration lehnt den Antrag Drucksache 14/2407 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

7 Haushaltsnahe Dienstleistungen ausbauen - Perspektiven für ältere Menschen, für neue Arbeitsplätze und zum Abbau illegaler Beschäftigung schaffen 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1433

Die Beratung über den Antrag wird vertagt.

8 Nichtraucher/-innenschutz in Nordrhein-Westfalen umsetzen! 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2402 - Neudruck

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration lehnt den Antrag Drucksache 14/2402 - Neudruck - mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion ab.

9 Gesundheitsreform: solidarisch, nachhaltig und geschlechtergerecht gestalten statt weitere Belastungen für die Versicherten 21

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2486

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2486 mit Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

10 Den Menschen in den Mittelpunkt stellen - Psychiatricversorgung in NRW weiterentwickeln und ganzheitlich ausrichten 22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2105 - Neudruck

In Verbindung damit:

Psychische Erkrankungen frühzeitig erkennen und behandeln - durch verstärkte Aufklärung und niedrigschwellige Angebote zur Entstigmatisierung beitragen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2415

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der geplanten Anhörung zu beteiligen.

11 Künstlerisch-kulturelle Bildung stärken - soziale Integration fördern 22

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2416

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration stimmt dem Antrag Drucksache 14/2416 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

12 Die Überarbeitung des Zuwanderungsgesetzes muss die Weichen neu stellen: Den Wirtschaftsstandort NRW durch erleichterte Zuwanderung und bessere Integrationsförderung stärken 23

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2492

Die Beratung über den Antrag wird verschoben.

Landtag Nordrhein-Westfalen	V	APr 14/284
Ausschuss für Generationen, Familie und Integration		02.11.2006
20. Sitzung (öffentlich)		sd-ad

Seite

13 Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006 23

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1548

Stellungnahmen 14/553 bis 14/555, 14/559, 14/561, 14/564, 14/565, 14/566

Ausschussprotokoll 14/260

- Kurze Aussprache.

Die Untersuchungen würden von allen Fachleuten als kindgerecht eingestuft. Die Lehrerinnen und Lehrer nähmen dem Kind auch nicht den Mut, sondern säßen beobachtend dabei. Sie könnten aus fachlicher Sicht erkennen, welche Kinder dieser Förderung bedürften.

Die kommunalen Spitzenverbände äußerten bei diesem Thema den meisten Unmut. Ihnen gehe es um die Frage, ob das Land den Kommunen Gelder dafür gebe. So sehr er die kommunalen Spitzenverbände auch achte - die Kommunen dürften nicht über den Tisch gezogen werden -, so sehr dürfe man nicht zulassen, dass eine sachlich-inhaltliche Ebene und die finanzielle Ebene miteinander vermischt würden. Das, was der Minister vorgestellt habe, was alle Fachleute querbeet begrüßten, sei ein kindgerechtes Verfahren. Der Ausschuss sollte das Signal nach draußen geben, dass den Kindern, die einer Förderung bedürften, Gerechtigkeit widerfahren werde.

Andrea Asch (GRÜNE) kommt auf Titelgruppe 63 - Sonderprogramm für Jugend und soziale Brennpunkte - zurück und erkundigt sich, warum das Sonderprogramm unter Titel 633 63 - Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - eingestellt werde.

Abteilungsleiterin Maria Huesmann-Kaiser (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration) hält fest, bisher habe man noch keine Erfahrungen mit dem Programm gesammelt. Die Gelder gingen an die Jugendämter und von da aus an die Träger.

Im nächsten Jahr würden die Gelder dann so ausgewiesen, wie man es gewohnt sei.

2 Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) und Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2241

Vorlage 14/536

Stellungnahme 14/582

Vorsitzende Andrea Milz merkt an, der federführende Innenausschuss habe die kommunalen Spitzenverbände um eine Einschätzung des Gesetzentwurfes gebeten. Die Stellungnahme liege dem Landtag vor - vgl. Stellungnahme 14/582. In Kürze werde der Innenausschuss seine Beratungen beenden.

Monika Düker (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion werde dem Gesetzentwurf der Landesregierung nicht zustimmen. Grundsätzlich halte sie es für richtig, das Flüchtlingsaufnahmegesetz und das Landesaufnahmegesetz konsequent zu entflechten. Im Ergebnis führe das dazu, dass die Kommunen unterschiedlich belastet würden.

Bei der Zuweisungsquote von Flüchtlingen sollten die jüdischen Zuwanderer und die Spätaussiedler nicht mehr angerechnet werden. Die jüdischen Zuwanderer und die

Spätaussiedler seien nicht gleichmäßig aufs ganze Land verteilt. Es gebe sehr große jüdische Gemeinden - Düsseldorf, Wuppertal, Köln - und andere Städte, in denen es sehr wenige jüdische Zuwanderer gebe. Ähnlich sei es bei den Zuwanderern. Die Städte mit diesen großen jüdischen Gemeinden müssten in der Folge des Gesetzes sehr viel mehr Flüchtlinge aufnehmen. Diese Städte befürchteten eine höhere Belastung, auch was die finanziellen Aufwendungen angehe.

Die Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz seien nicht kostendeckend. Trotzdem seien die Klagen der Kommunen abgewiesen worden.

Ihre Fraktion rege an, das Landesaufnahmegesetz zu reformieren. Im Landesaufnahmegesetz sollte man die Kopplung mit der Unterbringung in Übergangswohnungen mit „Zwei-Jahres-Kopfprämien“ abschaffen. Mit einem neuen System in Form einer Integrationspauschale wäre den Kommunen mehr geholfen. Die Argumente der Kommunen hätten sie überzeugt. Ihre Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen.

Michael Solf (CDU) betont, es gehe um die Zuweisungsquote bei der Berechnung der Landeszuweisungen an die Gemeinden. Die Zahlen müssten mit der Ausstattung, die die Kommunen bekämen, übereinstimmen.

Der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 14/2241** mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

3 Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK)

Vorlage 14/634

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4 Zweiter Probelauf des Subsidiaritätsnetzwerks des Ausschusses der Regionen (AdR)

Vorlagen 14/680 und 14/721

Vorsitzende Andrea Milz verweist auf das Schreiben der Präsidentin von Ende Oktober, mit dem sie die Abgeordneten über den seit 6. Oktober 2006 laufenden zweiten Probelauf eines Subsidiaritätsnetzwerks informiere.

Im Rahmen des Tests seien zwei konkrete Kommissionsdokumente zu analysieren - Vorlage 14/680, Punkte 6.1 und 6.2. Das Dokument, der „Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen“ tangiere den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses.